

The Agreement was
previously published
as Misc No.5 (2025)
CP 1396



Treaty Series No. 13 (2026)

Agreement

on defence export controls

Paris, 17 September 2021

[The United Kingdom acceded to the Agreement on 5 December 2025]

*Presented to Parliament
by the Secretary of State for Foreign, Commonwealth and Development Affairs
by Command of His Majesty
March 2026*

The Agreement was
previously published
as Misc No.5 (2025)
CP 1396



Treaty Series No. 13 (2026)

Agreement

on defence export controls

Paris, 17 September 2021

[The United Kingdom acceded to the Agreement on 5 December 2025]

*Presented to Parliament
by the Secretary of State for Foreign, Commonwealth and Development Affairs
by Command of His Majesty
March 2026*



© Crown copyright 2026

This publication is licensed under the terms of the Open Government Licence v3.0 except where otherwise stated. To view this licence, visit nationalarchives.gov.uk/doc/open-government-licence/version/3

Where we have identified any third-party copyright information you will need to obtain permission from the copyright holders concerned.

This publication is available at www.gov.uk/official-documents

Any enquiries regarding this publication should be sent to us at Treaty Unit, Foreign, Commonwealth and Development Office, King Charles Street, London, SW1A 2AH

ISBN 978-1-5286-6360-1
E03574163 03/26

Printed on paper containing 40% recycled fibre content minimum

Printed in the UK by HH Global on behalf of the Controller of His Majesty's Stationery Office.

Original German language text

Übereinkommen
über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich

Die Staaten, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet, –

eingedenk ihrer europäischen und inter-nationalen Verpflichtungen im Bereich der Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern und der Genehmigung von Ausfuhren, insbesondere des Vertrags vom 2. April 2013 über den Waffenhandel und, für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 in der Fassung vom 16. September 2019 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern,

in Anbetracht ihrer jeweiligen Zuständigkeit für die Genehmigung von Verbringungen und Ausfuhren aus ihren jeweiligen Hoheitsgebieten von Rüstungsgütern aus regierungsseitigen Gemeinschaftsprojekten und solchen, die von ihrer jeweiligen Industrie entwickelt wurden,

in Anbetracht dessen, dass jede Vertragspartei ihre nationale Ausfuhrkontrolle für Rüstungsgüter auf der Grundlage ihrer nationalen Rechtsvorschriften, einschließlich ihrer nationalen Grundsätze zur Exportkontrollpolitik, durchführt,

in Anerkennung der Bedeutung verlässlicher Verbringungs- und Ausfuhrmöglichkeiten für den wirtschaftlichen und politischen Erfolg ihrer industriellen und zwischenstaatlichen Zusammenarbeit,

in Bekräftigung ihrer Bereitschaft, den mit der Ausfuhrkontrolle für Rüstungsgüter verbundenen Verwaltungsaufwand zu verringern und so den Erfolg ihrer gemeinsamen Programme sicherzustellen und Industriepartnerschaften zwischen den Vertragsparteien zu erleichtern,

Bezug nehmend auf die verschiedenen zwischen den Vertragsparteien bestehenden Übereinkünfte über Zusammenarbeit und zweiseitigen Sicherheitsabkommen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Regierungsseitige Gemeinschaftsprojekte und ihre Untersysteme

(1) Sind zwei oder mehr Vertragsparteien an denselben regierungsseitigen Gemeinschaftsprojekten beteiligt, so sind die in diesem Artikel festgelegten Grundsätze für die betroffenen Vertragsparteien auf diese regierungsseitigen Gemeinschaftsprojekte und deren Untersysteme anwendbar.

(2) Die Vertragsparteien unterrichten die anderen betroffenen Vertragsparteien – frühzeitig vor Aufnahme formeller Verhandlungen – über die Möglichkeit von Verkäufen an Dritte und übermitteln die zur Bewertung durch die andere Vertragspartei oder die anderen Vertragsparteien erforderlichen Informationen. Diese Übermittlung von Informationen schließt Gespräche über die Bedingungen, unter denen das Vorhaben aus Sicht der verbringenden oder ausführenden Vertragspartei im Einklang mit den europäischen und internationalen Verpflichtungen aller betroffenen Vertragsparteien durchgeführt werden kann, ein.

(3) Eine betroffene Vertragspartei widerspricht einer von einer anderen Vertragspartei beabsichtigten Verbringung oder Ausfuhr an Dritte nicht, außer in dem Ausnahmefall, in dem ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.

(4) Sollte eine betroffene Vertragspartei beabsichtigen, einer Verbringung oder einer Ausfuhr zu widersprechen, so unterrichtet sie die anderen betroffenen Vertragsparteien so früh wie möglich, spätestens zwei Monate nach Kenntniserlangung der beabsichtigten Verbringung oder Ausfuhr. Diese Vertragsparteien leiten umgehend hochrangige Konsultationen ein, um ihre Bewertungen auszutauschen und angemessene Lösungen zu finden. Die Vertragspartei, die einer Verbringung oder einer Ausfuhr widerspricht, unternimmt alle Anstrengungen, um alternative Lösungen vorzuschlagen.

Artikel 2

Rüstungsgüter aus industrieller Zusammenarbeit

(1) Eine Vertragspartei widerspricht der Verbringung oder der Ausfuhr eines Rüstungssystems eines Herstellers einer anderen Vertragspartei, das Rüstungsgüter enthält, die in ihrem Hoheitsgebiet im Rahmen der Vertiefung der Integration ihrer Rüstungsindustrien entwickelt wurden, an Dritte durch die andere Vertragspartei nicht, außer in dem Ausnahmefall, in dem ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.

(2) Sollte eine Vertragspartei beabsichtigen, einer Verbringung oder einer Ausfuhr *Sont convenus de ce qui suit* :

(3) Die Einzelheiten der Durchführung dieses Artikels regelt Anlage 1 zu diesem Übereinkommen, die einen Bestandteil desselben darstellt.

Artikel 3

„De-minimis“-Grundsatz

(1) Nicht in den Anwendungsbereich von Artikel 1 oder 2 fallende von einem Hersteller einer Vertragspartei entwickelte Rüstungsgüter, die in ein Rüstungssystem eines Herstellers einer anderen Vertragspartei integriert werden sollen (im Folgenden als „Zulieferungen“ bezeichnet), unterliegen dem „De-minimis“-Grundsatz.

(2) Nach dem in Absatz 1 genannten „De-minimis“-Grundsatz erteilt eine Vertragspartei, sofern ihr Zulieferanteil zu einem durch eine andere Vertragspartei aus dem Hoheitsgebiet der Vertragsparteien zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystem unterhalb eines zwischen allen Vertragsparteien zuvor einvernehmlich festgelegten Prozentsatzes liegt, unverzüglich die entsprechenden Ausfuhr-, Verbringungs- oder Reexportgenehmigungen, außer in dem Ausnahmefall, in dem ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.

(3) Die Einzelheiten der Durchführung dieses Artikels regeln die Anlagen 2 und 3 zu diesem Übereinkommen, die einen Bestandteil desselben darstellen.

Artikel 4

Ständiges Gremium

(1) Die Vertragsparteien richten zur Beilegung von Differenzen bezüglich der operativen Durchführung ein ständiges Gremium zur Beratung über die durch dieses Übereinkommen geregelten allgemeinen Angelegenheiten ein.

(2) Die Vertragsparteien benennen nationale Anlaufstellen und machen diese Information untereinander zugänglich.

(3) Die betroffenen Vertragsparteien richten Ad-hoc-Gremien zur Beratung über die in Artikel 1 Absatz 4, Artikel 2 Absatz 2 und in den Anlagen 1 und 2 zu diesem Übereinkommen genannten Konsultationen oder über sonstige konkrete, durch dieses Übereinkommen geregelte und nicht alle Vertragsparteien betreffende Fragen ein. tation,

Artikel 5

Austausch von Verschlusssachen

Alle aufgrund dieses Übereinkommens zur Verfügung gestellten oder erstellten Verschlusssachen oder geschützten Informationen werden im Einklang mit dem einschlägigen zweiseitigen Sicherheitsabkommen zwischen den betroffenen Vertragsparteien aufbewahrt, behandelt, übermittelt und geschützt. Ist zwischen den betroffenen Vertragsparteien kein zweiseitiges Sicherheitsabkommen anwendbar, so werden Verschlusssachen weder ausgetauscht noch erstellt.

Artikel 6

Schlussbestimmungen

(1) Dieses Übereinkommen wird ab dem Tag seiner Unterzeichnung vorläufig angewandt. Es tritt am Tag der Hinterlegung der letzten Notifikation eines Unterzeichnerstaats über den Abschluss seiner für das Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Verfahren bei der Regierung der Französischen Republik, die als Verwahrer bestimmt wird, in Kraft.

(2) Sollte dieses Übereinkommen nicht innerhalb von zwei Jahren nach seiner Unterzeichnung gemäß Absatz 1 in Kraft getreten sein, so können die Vertragsparteien, die dem Verwahrer den Abschluss ihrer für das Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert haben, einvernehmlich anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) oder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) oder den Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens über Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung und der Tätigkeit der Europäischen Rüstungsindustrie erlauben, dem Übereinkommen beizutreten. In diesem Fall tritt dieses Übereinkommen an dem Tag in Kraft, an dem der erste Staat, dem nach Satz 1 erlaubt wurde, diesem Übereinkommen beizutreten, beim Verwahrer die Notifikation über den Abschluss seiner für das Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Verfahren hinterlegt. Nach seinem Inkrafttreten wird das Übereinkommen weiterhin vorläufig auf den Unterzeichnerstaat angewandt, der den Abschluss seiner innerstaatlichen Verfahren nicht notifiziert hat, solange dieser den anderen Vertragsparteien nicht seine Absicht notifiziert hat, keine Vertragspartei des Übereinkommens zu werden.

(3) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens können die Vertragsparteien, die dem Verwahrer den Abschluss ihrer für das Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert haben, durch einen einstimmigen Beschluss anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) oder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) oder den Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens über

Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung und der Tätigkeit der Europäischen Rüstungsindustrie erlauben, diesem Übereinkommen beizutreten.

(4) Für jede neue Vertragspartei tritt das Übereinkommen am Tag der Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde beim Verwahrer in Kraft.

(5) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten jederzeit durch schriftliche Mitteilung an die anderen Vertragsparteien kündigen.

(6) Die Vertragspartei, die dieses Übereinkommen gekündigt hat, erfüllt weiterhin alle Verbindlichkeiten und Pflichten aus diesem Übereinkommen im Hinblick auf Verbringungen oder Ausfuhren von Rüstungsgütern, deren jeweilige Verbringungs- oder Ausfuhrgenehmigung vor dem Wirksamwerden der Kündigung beantragt wurde. Die Vertragspartei, die dieses Übereinkommen gekündigt hat, und die verbleibenden Vertragsparteien beraten sich untereinander in dem nach Artikel 4 Absatz 1 eingerichteten ständigen Gremium, solange sie dies zur Klärung der durch die Kündigung aufgeworfenen Fragen für notwendig erachten.

(7) Die Urschrift dieses Übereinkommens wird beim Verwahrer hinterlegt.

(8) Die Registrierung dieses Übereinkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird durch den Verwahrer unverzüglich nach dem Inkrafttreten eingeleitet. Die übrigen Vertragsparteien werden unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Paris am 17. September 2021 in einer Urschrift in französischer, deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Der Verwahrer übermittelt allen Vertragsparteien beglaubigte Abschriften.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Katrin aus dem Siepen

Für die Französische Republik
Philippe Bertoux

Für das Königreich Spanien
David Carriedo Tomás

Anlage 1

Artikel 2 – Rüstungsgüter aus industrieller Zusammenarbeit

I. Begriffsbestimmungen für die Einzelheiten nach Artikel 2

Im Sinne dieser Anlage gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

(1) Der Begriff „betroffene Vertragsparteien“ bezieht sich auf die Vertragsparteien, bei denen in der Anerkennungsphase eines Projekts ein Antrag eingeht (vgl. „Anwendungsbereich“ unten). In der anschließenden Genehmigungsphase für Ausfuhrvorgänge bezieht er sich auf die Vertragsparteien, die ein Projekt nach Artikel 2 als berücksichtigungsfähig anerkannt haben.

(2) Der Begriff „Ausfuhrvorgang“ bezieht sich auf einen spezifischen Vorgang zur Ausfuhr oder Verbringung in andere Staaten als die betroffenen Vertragsparteien (im Folgenden als „Drittstaaten“ bezeichnet), der für gewöhnlich in der Erfüllung von aus einem Vertrag oder einer Bestellung erwachsenden Verpflichtungen besteht.

(3) Der Begriff „Reexport“ bezieht sich auf Verbringungen zwischen den betroffenen Vertragsparteien zur anschließenden Ausfuhr oder Verbringung in Drittstaaten. Zudem bezieht er sich auch auf alle weiteren anschließenden Ausfuhren und Verbringungen von einem Drittstaat in einen anderen Drittstaat.

(4) Der Begriff „Projekt“ bezieht sich auf ein Projekt der industriellen Zusammenarbeit zwischen Unternehmen der Rüstungsindustrien der betroffenen Vertragsparteien, aus dem möglicherweise ein Ausfuhrvorgang/Ausfuhrvorgänge hervorgehen kann/können.

(5) Der Begriff „industrielle Partner“ bezieht sich auf an einem Projekt beteiligte Unternehmen der betroffenen Vertragsparteien.

(6) Der Begriff „Rüstungssystem“ im Sinne des Artikels 2 bezieht sich auf alle in der Gemeinsamen Militärgüterliste der Europäischen Union aufgeführten Artikel.

II. Anwendungsbereich – Ein zweistufiges Verfahren

Um die weitere Integration der Rüstungsindustrien der betroffenen Vertragsparteien zu fördern und zu unterstützen, richtet Artikel 2 ein zweistufiges Verfahren für die Genehmigung von Ausfuhren ein, die für ein vorab anerkanntes Projekt der industriellen Zusammenarbeit erforderlich sind:

1. Verfahren zur Anerkennung von Projekten

(1) Vor der Nutzung der vereinfachten Genehmigungsverfahren durch Ausführer nach Artikel 2 ist ein gemeinsames regierungsseitiges Anerkennungsverfahren erforderlich. Alle betroffenen Vertragsparteien erzielen ein gemeinsames Verständnis darüber, ob ein Projekt als Projekt der industriellen Zusammenarbeit nach Artikel 2 benannt werden kann. Das Anerkennungsverfahren für Projekte ersetzt nicht das anschließende Verfahren zur Genehmigung von Ausfuhrvorgängen.

(2) Jedes Projekt wird einzeln geprüft. Projekte sollen im Interesse aller betroffenen Vertragsparteien sein und müssen zur Integration der jeweiligen Rüstungsindustrien beitragen. Sie sollen durch ein Element fortlaufender Zusammenarbeit gekennzeichnet sein. Die Berücksichtigung sowohl bestehender als auch neuer Kooperationsprojekte ist möglich.

(3) Die Unternehmen, die sich für die Aufnahme eines Projekts entscheiden und von den Vorschriften des Artikels 2 profitieren möchten, müssen eine gemeinsame Beschreibung ihres Projekts auf der Grundlage gemeinsam abgestimmter Elemente vorlegen.

(4) Wenn alle betroffenen Vertragsparteien Einigkeit darüber erzielen, dass das Projekt ganz oder teilweise nach Artikel 2 berücksichtigungsfähig ist, benachrichtigen sie die betroffenen industriellen Partner in ihrem Hoheitsgebiet darüber. In dieser Benachrichtigung erfolgt auch eine Klärung des genauen Umfangs und Ausmaßes der Anerkennung.

(5) Die industriellen Partner sind dazu verpflichtet, ihren jeweiligen Genehmigungsbehörden jegliche Änderungen an der Art des Projekts mitzuteilen. Änderungen, die von einer betroffenen Vertragspartei für bedeutsam erachtet werden, erfordern eine Neubewertung durch alle betroffenen Vertragsparteien darüber, ob das Projekt noch immer nach Artikel 2 berücksichtigungsfähig ist.

2. Verfahren zur Genehmigung von Ausfuhrvorgängen

(1) Nach der Anerkennung als gemäß Artikel 2 berücksichtigungsfähiges Projekt werden nachfolgende Genehmigungsentscheidungen im Einklang mit Artikel 2 getroffen. Die industriellen Partner legen ihre jeweiligen

Genehmigungsanträge den zuständigen Genehmigungsbehörden unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Artikel 2 des Übereinkommens und auf ihr Projekt vor. Sollte eine betroffene Vertragspartei dem Reexport oder der Verbringung durch eine andere betroffene Vertragspartei widersprechen, gilt Artikel 2 Absatz 2.

(2) Der Ausfuhrvorgang, für den ein Genehmigungsantrag geprüft wird, muss der Beschreibung des nach Artikel 2 als berücksichtigungsfähig anerkannten Projekts entsprechen.

(3) Der Umfang der nach Artikel 2 zu prüfenden Genehmigungsanträge umfasst,

- sofern die Endnutzer der Enderzeugnisse bekannt sind: alle Verbringungen (einschließlich von Technologie) zwischen den industriellen Partnern sowie nachgelagerte Lieferungen an am Herstellungs- und Entwicklungsprozess beteiligte Empfänger sowie an Endnutzer;
- sofern die Endnutzer den industriellen Partnern zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht bekannt waren oder sich die Endnutzer seitdem geändert haben: alle auf der Grundlage der Anforderungen für Reexportgenehmigungen oder von Reexportvorbehalten zu treffenden Entscheidungen, sofern auf diese nicht vorab verzichtet worden ist.

(4) Die Entscheidung über die Gewährung oder Verweigerung der Ausfuhrgenehmigung für das Enderzeugnis obliegt der Vertragspartei, aus deren Hoheitsgebiet die Ausfuhr erfolgt, und unterliegt nicht Artikel 2.

(5) Die Genehmigungen werden im Einklang mit den jeweiligen nationalen Vorschriften und Praktiken erteilt. Diese beinhalten die nationalen Anforderungen für die Übergabe von Endverbleibserklärungen, einschließlich der nationalen Bestimmungen über die Anforderungen für Reexportgenehmigungen.

(6) Die betroffenen Vertragsparteien können im Einklang mit den nationalen Datenschutzbestimmungen Informationen über Genehmigungsanträge im Rahmen von Kooperationsprojekten austauschen.

(7) Las Partes interesadas podrán intercambiar información sobre las solicitudes de autorización en el marco de Proyectos de cooperación, de conformidad con su normativa nacional sobre protección de datos.

Anlage 2

Artikel 3 – „De-minimis“-Grundsatz

(1) Vereinfachte Genehmigungsverfahren nach dem „De-minimis“-Grundsatz finden nur Anwendung auf Zulieferungen, wie in Artikel 3 Absatz 1 dieses Übereinkommens definiert, von in der Gemeinsamen Militärgüterliste der Europäischen Union in ihrer jeweils geltenden Fassung aufgeführten Gütern, ausgenommen davon sind Zulieferungen von den in Anlage 3 aufgeführten Gütern.

(2) Die Vertragsparteien verfahren nach dem „De-minimis“-Grundsatz bei einem Zulieferanteil bis zu einem prozentualen Schwellenwert von 20 % des Gesamtwerts des aus dem Hoheitsgebiet der Vertragsparteien zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystems. Dieser Gesamtwert umfasst keine Instandhaltungsmaßnahmen, Ersatzteile, Schulungen oder Reparaturen.

(3) Im Rahmen des in Artikel 4 beschriebenen ständigen Gremiums überprüfen die Vertragsparteien in regelmäßigen Abständen die Umsetzung des „De-minimis“-Grundsatzes und des in Absatz 2 festgelegten prozentualen Schwellenwerts; in Ausnahmefällen geschieht dies auch auf Ersuchen einer Vertragspartei.

(4) Übersteigt der nationale Zulieferanteil einer Vertragspartei nicht den in Absatz 2 festgelegten Schwellenwert, so erteilt diese die entsprechende Verbringungs-, Ausfuhr- oder Reexportgenehmigung unverzüglich, außer in dem Ausnahmefall, dass ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.

(5) Findet der „De-minimis“-Grundsatz Anwendung, so

- ist die Vertragspartei, aus deren Hoheitsgebiet das Gesamtsystem aus dem Hoheitsgebiet der Vertragsparteien verbracht oder ausgeführt wird, alleinig für die Prüfung der Einhaltung der gemeinsamen internationalen und EU-rechtlichen Verpflichtungen jeder betroffenen Vertragspartei zuständig;
- ist eine Endverbleibserklärung oder ein Nachweis über den Nichtreexport im Zusammenhang mit der Verbringungsgenehmigung zwischen den betroffenen Vertragsparteien nicht erforderlich. Ein Nachweis über die Integration der Zulieferung in das Gesamtsystem kann von der jeweiligen Vertragspartei verlangt werden.

(6) Instandhaltungsmaßnahmen, Ersatzteile, Schulungen und Reparaturen von nach dem „De-minimis“-Grundsatz ausgeführten oder verbrachten Zulieferungen werden wie Anträge auf Ausfuhr- oder Verbringungsgenehmigungen nach dem „De-minimis“-Grundsatz behandelt.

(7) Der Zulieferanteil einer Vertragspartei an dem zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystem wird wie folgt festgestellt:

- Sollte das eine Zulieferung erhaltende Unternehmen die Anwendung des „*De-minimis*“-Grundsatzes wünschen, so teilt es seiner nationalen Genehmigungsbehörde und seinen Zulieferern die jeweiligen Zulieferanteile der einzelnen Vertragsparteien an seinem zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystem mit;
- sollte das Zuliefererunternehmen die Anwendung des „*De-minimis*“-Grundsatzes wünschen, so teilt es seiner nationalen Genehmigungsbehörde den jeweiligen Zulieferanteil an dem zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystem mit;
- der Endintegrator wird den entsprechenden Zulieferanteil jeder betroffenen Vertragspartei am Gesamtsystem feststellen. Dafür berücksichtigt der Endintegrator alle über eine andere Vertragspartei erhaltenen Anteile. Der Endintegrator berücksichtigt dabei bezogen auf jeden seiner direkten Zulieferer, der mehr als 2 % zum Gesamtwert des Gesamtsystems beiträgt, die Güter, die dieser Zulieferer direkt von einer betroffenen Vertragspartei bezogen hat.

(8) Die nationale Genehmigungsbehörde einer Vertragspartei kann jederzeit bei der nationalen Genehmigungsbehörde einer anderen Vertragspartei eine Bestätigung der von dem die Zulieferung erhaltenden Unternehmen mitgeteilten Informationen anfordern.

Anlage 3

Artikel 3 – Güter, auf die der „De-minimis“-Grundsatz nicht angewendet wird

CL1 Waffen mit glattem Lauf mit einem Kaliber kleiner als 20 mm, andere Handfeuerwaffen und Maschinenwaffen mit einem Kaliber von 12,7 mm (0,50 Inch) oder kleiner:

1. Maschinengewehre;
2. Maschinenpistolen;
3. Vollautomatische Gewehre, besonders konstruiert für militärische Zwecke.

CL2 Waffen mit glattem Lauf mit einem Kaliber von 20 mm oder größer, andere Waffen oder Bewaffnung mit einem Kaliber größer als 12,7 mm (0,50 Inch):

4. Geschütze;
5. Haubitzen;
6. Kanonen;
7. Mörser;
8. Panzerabwehrwaffen;
9. Einrichtungen zum Abfeuern von letalen Geschossen und Raketen;
10. Gewehre;
11. Rückstoßfreie Gewehre;
12. Waffen mit glattem Lauf.

CL3 Munition sowie die übrigen nachstehend aufgeführten Güter:

13. Munition für die von Nummer CL1, CL2 erfassten Waffen;
14. Einzelne Treibladungen und Geschosse für die von Nummern 5, 6 und 7 erfassten Waffen;
15. Einzelne Zünder für die von Nummer 5, 6, 7 und 11 erfassten Waffen.

CL4 Bomben, Torpedos, Raketen, Flugkörper, andere Sprengkörper und -ladungen sowie die übrigen nachstehend aufgeführten Güter:

16. Bomben;
17. Torpedos;
18. Granaten;

- 19.Raketen;
- 20.Minen;
- 21.Flugkörper;
- 22.Wasserbomben;
- 23.Sprengkörper-Ladungen und Sprengkörper-Zubehör, besonders konstruiert für militärische Zwecke;
- 24.Zünder für die von den Nummern 16 bis 20, 22, 23 erfassten Waffen;
- 25.Gefechtsköpfe und Zielsuchköpfe für die von Nummer 17 und 19 erfassten Waffen;
- 26.Antriebssysteme für die von Nummer 16 und 19 erfassten Waffen;
- 27.Zünder, Zielsuchköpfe, Gefechtsköpfe und Antriebssysteme für bodengerichtete Lenkflugkörper.

CL 5 Nachstehend aufgeführte Güter zum Einbau in Kampfpanzer:

- 28.Fahrgestelle, besonders konstruiert für Kampfpanzer;
- 29.Türme, besonders konstruiert für Kampfpanzer.

CL 6 Nachstehend aufgeführte Güter zum Einbau in bemannte militärische Luftfahrzeuge:

- 30.Triebwerke;
- 31.ganze Zellen für Kampfflugzeuge.

English language translation

Agreement on defence export controls

The States Parties to this Agreement, hereinafter referred to as the 'Contracting Parties',

Recalling their European and international commitments in the field of the control of exports of military technology and equipment and the authorisation of exports, in particular the Arms Trade Treaty of 2 April 2013 and, for the Member States of the European Union, Council Common Position 2008/944/CFSP of 8 December 2008, as amended by Council Decision 2019/1560/CSFP of 16 September 2019, defining common rules governing control of exports of military technology and equipment,

Recognising their respective competence to authorise the transfer or export, from their territory, of defence-related products from intergovernmental programmes or developed by their industries,

Recognising that each Contracting Party shall carry out the national control of its exports of defence-related products on the basis of its national laws and regulations, in particular the national political principles regarding the control of exports,

Recognising the importance of having a reliable agenda with regard to transfers and exports in order to ensure the economic and political success of their industrial and intergovernmental cooperation,

Confirming their desire to reduce the administrative burden on the control of exports of defence-related products in order to ensure the success of their joint programmes and to facilitate industrial partnerships between the Contracting Parties,

Referring to various cooperation agreements and bilateral security agreements between the Contracting Parties,

Have agreed as follows:

Article 1

Intergovernmental programmes and their subsystems

- (1) If two or more Contracting Parties participate in the same intergovernmental programmes, the principles set out in this article shall

apply to those intergovernmental programmes and their subsystems, between the Contracting Parties concerned.

- (2) The Contracting Parties shall inform the other Contracting Parties concerned, well in advance of the start of formal negotiations, of the possibility of sales to third parties, and shall transfer the necessary information for their analysis. That transfer of information shall include discussions concerning the conditions, from the point of view of the Contracting Party carrying out the transfer or export, for carrying out that transaction in compliance with the European and international commitments of each of the Contracting Parties concerned.
- (3) A Contracting Party concerned shall not oppose a transfer or export to a third party that is desired by another Contracting Party apart from in exceptional situations in which that transfer or export compromises its direct interests or its national security.
- (4) If a Contracting Party concerned intends to oppose a transfer or export, it shall inform the other Contracting Parties concerned as soon as possible and within a period of a maximum of two months from the date on which it is informed of the proposed transfer or export. Those Contracting Parties shall organise high-level consultations immediately in order to share their analyses and find appropriate solutions. The Contracting Party which opposes a transfer or export shall make every effort to propose alternative solutions.

Article 2

Defence-related products from industrial cooperation

- (1) A Contracting Party shall not oppose the export or transfer by another Contracting Party to a third party of an armament system of a manufacturer of the other Contracting Party integrating defence-related products developed on its territory in the context of increased integration of their defence industries, apart from in exceptional situations in which that transfer or export compromises its direct interests or its national security.
- (2) If a Contracting Party intends to oppose a transfer or export, it shall inform the other Contracting Party concerned as soon as possible and within a period of a maximum of two months from the date on which it is informed of the proposed transfer or export. Those Contracting Parties shall organise high-level consultations immediately in order to share their analyses and find appropriate solutions.

- (3) The detailed rules for the application of this article are laid down in Annex 1 to this Agreement, which forms an integral part of it.

Article 3

'De minimis' principle

- (1) Defence-related products developed by a manufacturer of one of the Contracting Parties which fall outside the scope of Articles 1 and 2 of this Agreement, and which are intended to be integrated into an armament system of a manufacturer of another Contracting Party (hereinafter referred to as 'products intended for integration') are governed by the '*de minimis*' principle.
- (2) Under the '*de minimis*' principle, referred to in the preceding paragraph, where the proportion of products intended for integration by manufacturers of a Contracting Party into a final system transferred or exported by another Contracting Party outside the territory of the Contracting Parties remains below a percentage decided on in advance by mutual agreement between all Contracting Parties, the requested Contracting Party shall issue the corresponding export, transfer or re-export authorisations without delay, apart from in exceptional situations in which that transfer, export or re-export compromises its direct interests or its national security.
- (3) The detailed rules for the application of this article are laid down in Annexes 2 and 3 to this Agreement, which form an integral part of it.

Article 4

Permanent Body

- (1) The Contracting Parties shall create a permanent body to consult on all general issues governed by this Agreement in order to resolve differences in respect of operational implementation.
- (2) The Contracting Parties shall designate national contact points and share that information with each other.
- (3) The Contracting Parties concerned shall establish *ad hoc* bodies for the consultations referred to in Article 1(4) and Article 2(2) of and Annexes 1 and 2 to this Agreement, or for any other specific issue governed by this Agreement which does not concern all Contracting Parties.

Article 5

Exchange of classified information

All classified or protected information communicated or generated under this Agreement shall be stored, handled, transmitted and retained in accordance with the bilateral security agreement applicable between the Contracting Parties concerned. In the absence of a bilateral security agreement applicable between the Contracting Parties concerned, classified information shall not be exchanged or generated.

Article 6

Final provisions

- (1) This Agreement shall apply provisionally from the date of its signature. It shall enter into force on the date on which the last signatory State submits to the Government of the French Republic, designated as the Depositary, notification that its domestic procedures required for entry into force have been completed.
- (2) If this Agreement has not entered into force within a period of two years after its signature in accordance with paragraph 1 of this article, the Contracting Parties which notified the Depositary that their domestic procedures required for its entry into force have been completed may, by joint and unanimous agreement, allow other Member States of the European Union (EU) or the European Free Trade Association (EFTA) or parties to the Framework Agreement concerning measures to facilitate the restructuring and operation of the European defence industry to accede to the Agreement. In that case, this Agreement shall enter into force on the date on which the first State authorised to accede to it in accordance with the first sentence of this paragraph submits to the Depositary notification that its domestic procedures required for entry into force have been completed. After its entry into force, the Agreement shall continue to apply provisionally to the signatory State which has not notified that its domestic procedures have been completed where it has not informed the other Contracting Parties of its intention not to become a Party to the Agreement.
- (3) After the entry into force of this Agreement, the Contracting Parties which notified the Depositary that their domestic procedures required for entry into force have been completed may, by unanimous decision, authorise

other Member States of the European Union (EU) or the European Free Trade Association (EFTA) or parties to the Framework Agreement concerning measures to facilitate the restructuring and operation of the European defence industry to accede to this Agreement.

- (4) For any new Contracting Party, the Agreement shall enter into force on the date of deposit of its instrument of accession with the Depositary.
- (5) Any Contracting Party may at any time denounce this Agreement by giving six months' written notice to the other Contracting Parties.
- (6) The Contracting Party which has denounced this Agreement shall continue to fulfil its commitments and obligations set out therein regarding the transfer or export of defence related products for which the corresponding transfer or export authorisation has been requested before that denunciation becomes effective. The Contracting Party which has denounced this Agreement and the other Contracting Parties shall hold consultations within the permanent body created in accordance with Article 4(1) for as long as they deem necessary in order to address the issues related to the denunciation.
- (7) The original of this Agreement shall be deposited with the Depositary.
- (8) The registration of this Agreement with the Secretariat of the United Nations in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations shall be carried out by the Depositary immediately after its entry into force. The other Contracting Parties shall be informed of the registration and the United Nations registration number upon confirmation by the Secretariat.

Done at Paris, 17 September 2021 in a single original in the French, German and Spanish languages, each text being equally authentic. The Depositary shall provide certified true copies to all Contracting Parties.

For the French Republic

Philippe Bertoux, Strategic, Security and Disarmament Affairs

Director [signature]

For the Federal Republic of Germany

Katrin aus dem Siepen, Head of the Political Department, Embassy of Germany in Paris

[signature]

For the Kingdom of Spain

David Carriedo Tomas, Chargé d'affaires ad interim, Embassy of Spain
in Paris [signature]

Annex 1: Article 2 – Defence-related products from industrial cooperation

I. Definitions for the purposes of applying Article 2

For the purposes of this annex, the following definitions shall apply:

- (1) 'Parties concerned' means the Contracting Parties which receive a request during the Project recognition phase (see scope below). During the subsequent phase of authorising export operations, that expression shall designate the Contracting Parties which have recognised a Project as eligible under Article 2.
- (2) 'Export Operation' means a specific export or transfer operation to States other than the Parties concerned (hereinafter referred to as 'third countries of destination'), usually consisting of fulfilling obligations arising from a contract or order.
- (3) 'Re-Exportation' means transfers between the Parties concerned which are subsequently exported or transferred to third countries of destination. That term shall also designate any subsequent export or transfer from one third country of destination to another.
- (4) 'Project' means an industrial cooperation project between companies in the defence sector of the Parties concerned, which may subsequently lead to one or more Export Operations.
- (5) 'Industrial Partners' means the companies of the Parties concerned participating in a Project.
- (6) 'Armament system' means, in the context of Article 2, any item on the Common Military List of the European Union.

II. Scope – a two-stage process

In order to promote and support the increased integration of the defence industries of the Parties concerned, Article 2 introduces a two-stage process for the export licences required for a previously recognised industrial cooperation Project:

1. Process for the recognition of Projects

- (1) A combined governmental recognition process is required before exporters can have recourse to the simplified authorisation procedures

established under Article 2. All of the Parties concerned shall agree on whether or not a Project may be identified as an industrial cooperation Project in accordance with Article 2. The process for the recognition of Projects shall not take the place of the subsequent procedure for the authorisation of Export Operations.

- (2) Each Project shall be analysed on a case-by-case basis. Projects must be in the interest of all Parties concerned and contribute to the integration of their respective defence industries. They must be characterised by an element of continued cooperation. Eligible Projects may be existing or new cooperation Projects.
- (3) Companies which decide to engage in a Project and wish to benefit from the rules laid down in Article 2 are required to submit a joint description of their Project drawn up on the basis of jointly agreed elements.
- (4) If all Parties concerned agree that the Project is entirely or partially eligible under Article 2, they shall inform the respective Industrial Partners on their territory. That notification shall also stipulate the exact scope and application of the recognition.
- (5) Industrial Partners are required to notify their respective export control authorities of any change affecting the nature of the Project. If they are deemed significant by a Party concerned, changes shall be subject to a new analysis by all the Parties concerned in order to determine whether the Project is still eligible under Article 2.

2. Procedure for the authorisation of Export Operations

- (1) Once a Project is recognised as eligible under Article 2, subsequent decisions regarding authorisation shall be taken in accordance with that article. Industrial Partners shall submit their corresponding licence applications to their national export control authorities with specific reference to Article 2 of the Agreement and their Project. If a Party concerned wishes to oppose the Re-Exportation or transfer by another Party concerned, Article 2(2) shall apply.
- (2) The Export Operation examined in the context of licence applications must comply with the description of the Project recognised as eligible under Article 2.
- (3) The scope of licence applications examined under Article 2 is as follows:
 - **If the end-users of the final end products are known:** all transfers (including technology) between the Industrial Partners and

subsequent deliveries to recipients involved in the production and development process and to the final end-users;

- **If the end-users were not known by the Industrial Partners at the time of the licence application or if the end-users have changed:** all decisions on the basis of ReExportation authorisation requirements or non-Re-exportation clauses, if these have not been waived beforehand.
- (4) The decision to grant or refuse the licence for the export of the final product shall fall to the Party from whose territory that export is carried out, and shall not fall within the scope of Article 2.
 - (5) Licences shall be granted in accordance with the respective national regulations and practices. This includes national requirements relating to the presentation of end-use certificates, including national provisions concerning the requirements for Re-Exportation authorisation.
 - (6) The Parties concerned may exchange information on licence applications in connection with cooperation Projects, in accordance with national data protection rules.

Annex 2

Article 3 – ‘*De minimis*’ principle

- (1) The simplified authorisation procedures subject to the ‘*de minimis*’ principle shall apply exclusively to products intended for integration, defined in Article 3(1) of this Agreement, which are on the Common Military List of the European Union, in the version in force, with the exception of products specified in Annex 3.
- (2) The Contracting Parties shall apply the ‘*de minimis*’ principle with a threshold of a single percentage set at 20 % of the total value of the final system which is exported or transferred outside the territory of the Contracting Parties. That total value shall not include maintenance activities, spare parts, training or repairs.
- (3) The Contracting Parties shall review on a regular basis the implementation of the ‘*de minimis*’ principle and the percentage threshold fixed in paragraph 2 above within the permanent body described in Article 4(1) and, in exceptional situations, at the request of one of the Contracting Parties.
- (4) Where the national proportion of a Contracting Party’s products intended for integration does not exceed the threshold fixed in paragraph 2 above, that Contracting Party shall issue the corresponding export, transfer or re-export authorisations without delay, apart from in exceptional situations in which that transfer, export or re-export compromises its direct interests or its national security.
- (5) If the ‘*de minimis*’ principle applies:
 - the Contracting Party from whose territory the final system is transferred or exported outside the territory of the Contracting Parties has sole responsibility for assessing compliance with shared commitments taken at international level and within the framework of the European Union by each of the Contracting Parties concerned;
 - no end-user certificate or non-Re-exportation certificate shall be requested to support the transfer licence between the Contracting Parties concerned. A certificate of integration of the product into the final system may be requested by the relevant Contracting Party.
- (6) Maintenance activities, spare parts, training and repairs of products intended for integration which are exported or transferred under the ‘*de minimis*’ principle shall be treated as applications for export or transfer authorisation benefiting from the ‘*de minimis*’ principle.

- (7) The proportion of products intended for integration originating from a Contracting Party in a final system that is exported or transferred is established as follows:
- the recipient company, if it wishes to benefit from the '*de minimis*' principle, shall notify its national export control authority and its suppliers of the corresponding proportions of the products intended for integration originating from each Contracting Party that have been integrated into the final system intended for export or transfer;
 - the supplier company, if it wishes to benefit from the '*de minimis*' principle, shall notify its national export control authority of the corresponding proportion of products intended for integration which must be integrated into the final system intended for export or transfer;
 - the final integrator shall establish the respective proportion of products originating from each Contracting Party concerned in the final system. To that end, it shall take into consideration all parts received through other Contracting Parties. The final integrator shall take into consideration for each of its direct suppliers representing over 2 % of the total final value the products which that supplier procured directly from a Contracting Party concerned.
- (8) The national export control authority of a Contracting Party may at any point ask the national export control authority of another Contracting Party to confirm the information given by the recipient company.

E03574163

978-1-5286-6360-1